

Offene Worte

Zeitung der LINKEN für den Barnim September 2015, 25. Jahrg.

Spenden für die Tafel

Ein Erfahrungsbericht von Margitta Mächtig über hilfsbereite Unternehmer

Am 5. August besuchte ich den Freidenkerverband Barnim in Bernau und informierte mich über dessen aktuelle Aufgaben. Eine davon ist die Unterstützung der „Tafel“, die preisgünstig oder kostenfrei Lebensmittel an Bedürftige abgibt. Frau Berg machte mich auf die aktuelle Spendensammlung aufmerksam. Ich wusste zwar noch nicht genau, welchen Unternehmer ich in meiner Heimatstadt Biesenthal gewinnen könnte, die deutlich auffallende Büchse aufzustellen. Aber ich wollte diese tolle Idee unterstützen, in den heißen Sommertagen auch an jene zu denken, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen. Und so bat ich Frau Berg, mir eine dieser Spendebüchsen zu überlassen. Am 6. August fuhr ich zum Betreiber der Biesenthaler Tankstelle – schließlich kommen da täglich viele Kunden – und richtete mich auf ein längeres Gespräch ein. Aber weit gefehlt: Seine Frau und er waren sofort bereit, diese Sammlung zu unterstützen und so konnte ich die Spendenbüchse übergeben, die dann auch gleich ihren gut sichtbaren Platz fand.

Danke, für das Engagement!



In dieser Ausgabe:

Oh, happy days

In Wandlitz trafen sich beim Sommerfest der LINKEN Kultur und Politik.

Seite 2

70 Jahre Frieden

Der 1. September wurde in Eberswalde nachdenklich begangen. Die LINKE war dabei.

Seite 3

Rotes Frühstück

Traditionell geben die LINKEN Ende August auf dem Bernauer Markt ein Frühstück aus: Politische Debatten für die nächsten Themen im Stadtparlament sind erwünscht.

Seite 3

Das muss drin sein

Gegen Leiharbeit und befristete Jobs im Barnim – das muss drin sein, sagt der Kreisvorsitzende der LINKEN Sebastian Walter.

Seite 4

„Wir haben nur diese eine Welt“

Der Barnimer Kreistagsabgeordnete Holger Lampe, Betriebsleiter der Agrar-genossenschaft Trampe e.G. im Gespräch über schwindende Landwirtschaftsflächen, regionale Produkte und die Macht der Verbraucher.

Seite 5

Aufeinander zugehen

Wir brauchen Zuwanderung und können Flüchtlingen helfen, meint die Kreistagsabgeordnete Margitta Mächtig.

Seite 6

Mit-Bestimmung

Ist die Verwaltungsstrukturreform nur ein Wort-ungetüm? Worüber man nachdenken und wo man sich einmischen sollte, darüber spricht der Vorsitzende der Landtagsfraktion der LINKEN, Ralf Christoffers.

Seite 7

Was ich (nicht) weiß?

LINKE informierte in Eberswalde zu Freihandelsabkommen TTIP und CETA/ Großes Bündnis ruft zum 10. Oktober zur Großdemo nach Berlin auf

Von Michael Wolff

Am 27. August lud der Stadtverband der LINKEN Eberswalde zu einer Infoveranstaltung zu TTIP/ CETA und deren Auswirkung auf die Kommunen Brandenburgs ein. Als Referentin wurde die Landtagsabgeordnete Kerstin Kaiser eingeladen. Sie gab eine Zusammenfassung der nur wenig öffentlich bekannten Inhalte des Abkommens, welches zwischen der EU-Kommission und den USA (TTIP) bzw. Kanada (CETA) verhandelt wird. „Im Prinzip ist es ein Putsch gegen die Kommunalpolitik“, kommentierte Kaiser die Auswirkungen. Die Kommunen wären gezwungen alle öffentlichen Dienstleistungen auszuschreiben. Zwar würde dies größtenteils schon geschehen, aber mit TTIP/CETA zu Bedingungen, welche auf dem niedrigsten Niveau festgelegt wurden. Daher müssten lokale Baufirmen plötzlich

mit großen Firmen aus den USA konkurrieren. Oder anders gesagt: Wenn sich nicht an die „neuen“ Regeln gehalten wird, so könnten ausländische Firmen gegen die Vergabe klagen – und zwar vor Schiedsgerichten, die von der Wirtschaft gestellt werden; für inländische Unternehmen gibt es diese Möglichkeit nicht. Zur Frage der Schiedsgerichte hat das EU-Parlament debattiert, aber noch keinen bindenden Beschluss gefasst.

Aufgrund der hohen Geheimhaltung des Abkommens ist noch nicht absehbar, wie dieses Dokument legitimiert wird. Keiner weiß, ob die einzelnen Mitgliedstaaten der EU in ihren Parlamenten (in Deutschland der Bundestag) über das Freihandelsabkommen abstimmen dürfen. „Dies ist das größte Problem“, legte Kaiser dar. „Durch die Geheimhaltung der Verhandlungen ist eine öffentliche Debatte erschwert. Doch was wir wissen, sollte uns zu denken



Über geheime Verhandlungen lässt sich schwer reden; will aufklären: Kerstin Kaiser (links) Foto: privat

geben.“

Nach dem halbstündigen Referat gab es noch viele Fragen. Unter anderem: „Was können wir dagegen tun?“ Es tut sich was. In ganz Europa läuft eine Unterschriftensammlung für eine Petition, die sich gegen das Freihandelsabkommen richtet. Das Europaweite Bündnis „Stopp TTIP“, zu dem auch die LINKE gehört, organisiert die Petition und eine große Demo am 10. Oktober in Berlin, Treffpunkt:

12 Uhr, Hauptbahnhof.

Hier soll deutlich gemacht werden, dass gesellschaftliche Errungenschaften wie Umweltschutz- und Verbraucherschutz und Arbeitnehmerrechte nicht eingeschränkt werden dürfen. Auch nachhaltige Landwirtschaft und kulturelle Vielfalt sind Werte, die geschützt werden müssen.

Weitere Infos unter: <https://stop-ttip.org/de> <http://www.ttip-demo.de>

Unsere Kinder

Von Sebastian Walter
Kreisvorsitzender

1990 gab es eine riesige Diskussion über einen Film mit dem Namen „Der Marsch“. Mehrere Millionen Menschen aus Afrika machen sich auf den Weg nach Europa, um hier Schutz vor Gewalt, Krieg

Kommentar

und Armut zu finden. Sie steigen auf Boote und sind monatelang auf dem Weg in ihr neues Zuhause. Damals nur Science-Fiction und als Warnung davor gedacht, dass das reiche Europa endlich aufhören muss den armen Süden auszubeuten. Heute aber bittere Realität. Seit Jahresbeginn sind tausende Menschen im Mittelmeer ertrunken, tausende haben den Zaun in Ungarn niedergerissen und machen sich auf dem Weg nach Deutschland.

Eines sollte klar sein – wir können die Mauern noch so hoch bauen, noch so viel von Schlepperbanden reden – die Menschen werden trotzdem kommen. Eben weil sie nicht freiwillig fliehen oder wegen ein paar Euro Taschengeld. Wir müssen diese Abschottungspolitik endlich beenden. Wir werden uns alle ändern müssen – diese Herausforderung lässt sich nicht ausweichen. Die Menschen, die zu uns kommen, sind eine unglaubliche Chance und eben keine Gefahr.

Eines Tages werden mich vielleicht meine Kinder fragen, was ich in dieser Situation getan habe. In einer Zeit in der Menschen auf der Flucht ertrinken – kann man nicht auf dem Sofa sitzen bleiben. Jeder kann helfen, mit Sachspenden, mit Deutschkursen. Und letztendlich mit der Unterstützung richtiger politischer Forderungen: Wir müssen die Fluchtursachen bekämpfen, Waffenexporte müssen gestoppt, Aufbauhilfe verdoppelt, Kriegseinsätze beendet werden.

Es hilft nicht immer von einem „Aufstand der Anständigen“ zu reden. Wir brauchen jetzt das konkrete Handeln der Zuständigen und Herr Gabriel ist einer von denjenigen, die vieles bewirken können. Dann tun wir es doch endlich! Sonst ist es zu spät.

»Oh, happy days« und politische Gespräche

Sommerfest der LINKEN Wandlitz am 29. August



Blues- und Soulsängerin Angelika Weiz (rechts) sang beim Sommerfest der Wandlitzer LINKEN. Foto: dp

Von Daniel Pfeiffer

Am 29. August fand das alljährliche Sommerfest der Wandlitzer LINKEN statt. Bei strahlendem Sonnenschein fanden sich viele Mitglieder und Sympathisanten der LINKEN um 15 Uhr im Vereinshaus des MHSC 2001 e.v. neben der Dachsbauende ein. In der Eröffnungsrede konnte der Ortsvorsitzende Bernd Pfeiffer als besondere Gäste den Fraktionsvorsitzenden der Partei im Brandenburger Landtag, Ralf Christoffers, den Kreisvorsitzenden Sebastian Walter und als Vertreterin der Bür-

gerinitiative für beitragsfreie Kita- und Krippenplätze in Deutschland, Annett Heidebrunn, begrüßen. Damit war der Startschuss gefallen für das fröhliche Beisammensein mit Kaffee, Kuchen und jeder Menge Geplauder.

Im Gespräch gefragt waren insbesondere Ralf Christoffers, der in seinem Grußwort kurz die kommenden Aufgaben unserer Partei im Landtag skizzierte und Sebastian Walter. Natürlich kam die Abwechslung nicht zu kurz. Für die Kleinsten hatte die aufgestellte Hüpfburg eine magische Anziehungskraft und am

Glücksrad konnten alle auf Preise hoffen. Besonderes Highlight des Nachmittages war der Auftritt der Taekwon-Do Gruppe Kwon, Jae-Hwa Teakwon-Do aus Berlin-Tiergarten, organisiert durch unser Vorstandsmitglied Katja Dentzer. Beeindruckende Körperbeherrschung und synchron aufgeführte Showkämpfe sorgten für offene Münder.

Hätten Sie's gewusst? Schon seit dem Jahr 2009 ist DIE LINKE in Brandenburg Regierungspartei. Diese und andere Fragen wurden am frühen Abend in einem Quiz an die Besucher gestellt, da-

mit auch die grauen Zellen an diesem schönen Tag nicht zu kurz kamen.

Als um 18 Uhr das Spanferkel angeschnitten wurde, war das Gedränge groß. Mit Salaten, Brot und vielen Getränken wurde das Abendessen abgerundet.

Ein besonderes Highlight zum krönenden Abschluss des Sommerfestes war der Auftritt der Gospel- und Soulsängerin Angelika Weiz. So wurde bis in den späten Abend hinein gefeiert und sich schon auf das Sommerfest 2016 gefreut. Bis zum nächsten Jahr „Oh, happy days“.

Kontakte zur LINKEN im Barnim

Alle Sitzungen von Fraktionen und Vorständen der LINKEN im Barnim sind öffentlich. Gäste sind immer willkommen. In seltenen Fällen können sich aus aktuellem Anlass Termine verschieben. Sie können sich deshalb vorab telefonisch oder per E-Mail informieren:

Wahlkreisbüro Margitta Mächtig: Tel.: 03334-385488, Fax: 03334-385489
im: Bürgerzentrum Eberswalde, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde,
E-Mail: maechtig@dielinke-barnim.de

Wahlkreisbüro Ralf Christoffers: Tel.: 03338-7047455
Hussitenstraße 1, 16321 Bernau, E-Mail: christoffers@dielinke-barnim.de

Kreisvorstand: 14. Oktober, Werneuchen

Kreistagsfraktion: Tel.: 03334-236986 E-mail: kreistagsfraktion@dielinke-barnim.de
5. Oktober und 9. November, jeweils 18 Uhr, Biesenthal, Gaststätte „Zur alten Eiche“
Nächster Kreistag: 2. Dezember, 17 Uhr, Paul-Wunderlich-Haus, Eberswalde

Stadtfraktion Eberswalde: Tel.: 03334-236987, 21. September, 5. Oktober, 18 Uhr, Bürgerzentrum Eberswalde, Stadtverordnetenversammlung: 24. September, 18 Uhr, Paul-Wunderlich-Haus

Bürgerzentrum Bernau: Tel.: 03338-5881, Berliner Straße 17, 16321 Bernau,
E-Mail: info@dielinke-barnim.de,

Stadtfraktion Bernau: 23. September, 18 Uhr, Stadtwerke, Breitscheidstr. 45, 13. Oktober 18 Uhr, Fraktionsraum, Fraktionssprechstunde: Berliner Straße 17; www.linksfraktion-bernau.de
Stadtverordnetenversammlung: 15. Oktober und 5. November, 16 Uhr, Stadthalle Bernau,
E-Mail: fraktion-bernau@dielinke.barnim.de, Tel.: 03338-907252/Fax: 03338-907251

Gemeindefraktion Panketal: 16. September, 14. Oktober jeweils 19 Uhr, Rathausaal, Schönower Straße 105, Sitzung der Gemeindevertretung: 28. September und 26. Oktober, je 18 Uhr, Rathausaal

Bürgerbüro Wandlitz: Tel.: 033397-64515; E-Mail: wandlitz@dielinke-barnim.de

Regionalgruppe Cuba si: E-Mail: bernau@cuba-si.org **[,solid]:** E-Mail: solid-barnim@web.de

Basisgruppe Schorfheide: jeden 1. Donnerstag/Monat, 19 Uhr, Seniorentreff Finowfurt, Alte Mühle 5a

Basisgruppe Werneuchen: 2. Oktober, 19 Uhr, BO Versammlung, Festscheune am Bahnhof

OW-Spendenkonto: DIE LINKE Barnim, Konto: 31 200 514 29, bei: Sparkasse Barnim; BLZ: 170 520 00; oder: DIE LINKE Barnim, IBAN: DE33 1705 2000 3120 0514 29, BIC: WELADEDIGZE; Verwendungszweck: Spende OW. Alle Spenden werden nur für Druckkosten verwendet; Spendenquittung zu Beginn des nächsten Jahres

Impressum

Herausgeber: Virtuelle AG
Offene Worte der LINKEN
Barnim & Kreistagsfraktion der LINKEN

Kontakt: DIE LINKE Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Tel.: 03334-22026, Fax: 03334-385489

E-Mail: offeneworte@dielinke-barnim.de, **download:** www.dielinke-barnim.de,

virtuelle Redaktion: Petra Bochow, Berit Christoffers, Lutz Kupitz, Margitta Mächtig, Wolfgang Sachse, André Stahl (ViSdP), Sebastian Walter, Margot Ziemann, Christel Zillmann
Auflage: 17.000

nächster Redaktionsschluss:
28. September 2015

nächster Erscheinungstermin:
14. Oktober 2015

Veröffentlichte Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.

OW entscheidet über die Veröffentlichung eingereicherter Zuschriften und kann diese Sinn während kürzen.

Antikriegstag in Eberswalde

1. September 2015: 70 Jahre nach der Befreiung von Faschismus und Krieg

Von Karin Wagner

Anlässlich des Antikriegstages am 1. September fanden sich Vertreter verschiedener Friedensinitiativen, linker Parteien und Verbände, der Kirche, kommunaler Einrichtungen sowie Bürger und Bürgerinnen zu einer Kundgebung auf dem Eberswalder Marktplatz ein. Unter der Moderation von Frau Dr. Westendorff überbrachte Frau Stibane als Verwaltungsdezernentin der Stadt Eberswalde ihre Grüße und Hochachtung an die Veranstalter. Sie forderte die gut 100 Zuhörer auf, aktiv die Stadt- und Kreisverwaltung bei der Unterbringung und Betreuung der in Eberswalde lebenden Asylbewerber und Flüchtlinge zu unterstützen.

Der Gastredner Prof. Heinrich Fink, Vorsitzender der Bundesvereinigung des Bundes der Antifaschisten und Antifaschistinnen (VVN-BdA), berichtete von seinen Erfahrungen und denen seiner Familie in der Zeit des deutschen Faschismus. In seiner bewegten Rede warnte er auch im Namen des in Eberswalde lebenden Buchenwaldhäft-

lings Gerd Schramm – welcher auch anwesend war – vor den Folgen des Wiedereintritts Deutschlands in die Reihe der Krieg führenden Länder. Schon heute sind die Folgen der globalen Interventionspolitik katastrophal. 60 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht. Auch dort, wo keine deutschen Soldaten an diesen Kriegen beteiligt sind, sind doch deutsche Waffen im Einsatz. Die exzessiven Waffenexporte bringen den Produzenten Gewinn, jedoch in weiten Teile der Welt Tod, Elend und Verzweiflung. Wie in der VVN-Resolution zum Antikriegstag 2015 forderte Prof. Fink die Beendigung der Kriegseinsätze der Bundeswehr und der NATO, die Beendigung der deutschen Rüstungsexporte, den Stopp der Beschaffung von Kampfdrohnen, Verbot, Achtung und Vernichtung von ABC-Waffen sowie den Abzug der US-Atomwaffen aus



Die LINKE war auf dem Eberswalder Marktplatz dabei, auf dem Foto vlnr: Sabine Stüber, Karl-Heinz Kuntzsch und Lutz Kupitz, Foto: kw

Deutschland. Gleichzeitig forderte er die Bundesregierung auf, die Grenzen insbesondere für Menschen auf der Flucht vor Verfolgung und Not zu öffnen und die Wiederherstellung des Asylrechts in der ursprünglichen Fassung des Artikels 16 im Grundgesetz zu betreiben.

Symbolisch für den Friedenswillen aller Anwesenden flogen anschließend weiße Tauben unter den Klängen der Liedes „Kleine weiße Friedenstaube“ in den Himmel. Abschließend bedankte sich der Vorsitzende der Deutschen Gewerkschafts-

bundes Ostbrandenburg, Ralf Kaiser, bei allen Organisatoren und rief zu einem aktiven friedensförderndem Miteinander auf. Im Namen des DGB erklärte er seine Bestürzung und Beschämung darüber, wie sehr Flüchtlingen in Deutschland mit Rassismus und Fremdenfeindlichkeit begegnet wird. Das Feilschen darüber, welcher europäischer Mitgliedsstaat wie viele Flüchtlinge aufnimmt, ist zu beenden. Eine menschenwürdige Aufnahme und soziale und wirtschaftliche Integration der Flüchtlinge in Europa ist geboten.

Stadtverordnete im Gespräch

Bernauer LINKE lud am 25. August zum traditionellen „Roten Frühstück“

Von Christian Rehmer

Am 25. August 2015 lud die Bernauer Linksfraktion zu ihrem traditionellen „Roten Frühstück“ auf den Marktplatz ein. Da dienstags der Markttag in der Hussitenstadt ist, folgten viele der Einladung und verbanden die Einkäufe mit einem gemütlichen Plausch an den Tischen der Stadtverordneten. Zusammen mit Bürgermeister André Stahl (LINKE) und der Landtagsabgeordneten Margitta Mächtigt (Linke) standen sie für individuelle Gespräche zur Verfügung.

„Vorsicht, Wespe!“ ertönte es quer über den Tisch. Wo süße Leckereien, herzhafte belegte Brötchen und allerlei Obst aufgetischt werden, blieben die schwarz-gelben Nervensägen nicht fern. Doch die 40 Bernauerinnen

und Bernauer, die am „Roten Frühstück“ teilgenommen haben, ließen sich davon nicht die gute Laune verderben.

Es gibt allerlei zu berichten. Der Sommer neigt sich dem Ende zu und die ersten Entscheidungen der Stadtverordneten stehen ab September wieder auf der Tagesordnung. Dauerthema an den Tischen ist und bleibt die Altanschießerproblematik. Doch auch über die Unterbringung von Flüchtlingen, die Notwendigkeit einer Bernauer Baumschutzsatzung und die Entwicklung der Wohnbebauung am ehemaligen Heeresbekleidungsamt wird sich angeregt unterhalten.

„Jedes Jahr laden wir als Linksfraktion zum Roten Frühstück ein. Das gehört für uns genauso zum Jahrespro-



Die Stadtverordneten der LINKEN Hildegard Bossmann und Dagmar Enkelmann (Bildmitte) am 25. August auf dem Bernauer Marktplatz beim traditionellen „Roten Frühstück“.

gramm wie die Sprechstunde unterm Weihnachtsbaum“, erklärte die Fraktionsvorsitzende Dr. Dagmar Enkelmann. „Es freut mich, dass so viele Bürgerinnen und

Bürger gekommen sind. Wir haben viele Anregungen für unsere Arbeit in der Stadtverordnetenversammlung erhalten“, fasste sie den Vormittag zusammen. Foto: fm

Seite 3

Eröffnung Wahlkreisbüro

OW-Beitrag/lk

Zur Eröffnung seines Wahlkreisbüros in Bernau lädt der Barnimer Landtagsabgeordnete Ralf Christoffers **am 18. September** von 10 bis 13 Uhr in die Hussitenstraße 1 ein.

Meint Ihr, die Russen wollen Krieg?

„Hand aufs Herz – meint ihr die Russen wollen Krieg?“ Zu diesem Thema lädt die Rosa-Luxemburg-Stiftung **am 25. September** um 15 Uhr zu Vortrag und Diskussion mit der Schriftstellerin Gisela Steineckert nach Frankfurt (Oder) ein, Logenstr. 1, Treff der Volkssolidarität.

Muss Streik sein?

OW-Beitrag/mg

„Streik - muss das sein?“ Zu einer Diskussion zu dieser Frage lädt der Stadtverband der Bernauer LINKEN im Rahmen seiner Diskussionsreihe „Draufsichten, Ansichten, Einsichten“ **am 14. Oktober** um 18 Uhr in den Treff 23, Breitscheidstraße 43a ein. Als Gast ist ein/e GewerkschaftssekretärIn eingeladen.

Kapitalismus im Krisenmodus

OW-Beitrag/mg

Eine Veranstaltung mit der Bundestagsabgeordneten der LINKEN, Sahra Wagenknecht, beschäftigt sich **am 12. November um 19 Uhr** in der Stadthalle Bernau mit dem Thema „Kapitalismus im Krisenmodus, das fortgesetzte Versagen“.

Schüler stellen Fotos aus

OW-Beitrag/cr

Die nächste Ausstellung in den Fraktionsräumen der Bernauer LINKEN gestalten Schüler der Foto-AG der Tobias-Seiler-Oberschule. Sie wird voraussichtlich **ab 14. September** unter dem Motto „Der Mensch lebt nicht vom Brot allein“ zu sehen sein. Der Fraktionsraum befindet sich im Bürgerbüro Bernau, Berliner Straße 17.

Biesenthaler Gespräch

OW-Beitrag/lk

Die ursprünglich für den 29. August anberaumte kommunalpolitische Konferenz musste die Barnimer LINKE leider absagen. Um sich dennoch zeitnah zu wichtigen Themen zu verständigen luden Kreisvorstand und Kreistagsfraktion der LINKEN am 14. September zu einem Biesenthaler Gespräch. Dort ging es um den aktuellen Stand der Asylpolitik im Barnim und um den Entwurf des Leitbildes des Landes Brandenburg für die Verwaltungsstrukturreform 2019. Die OW Oktober wird darüber berichten.

Thema: Wirtschaftsförderung

OW-Beitrag/maz

Zu einer Sitzung zum Thema Wirtschaftsförderung lädt die Stadtfraktion der LINKEN Bernau am **23. September** um 18 Uhr in die Räumlichkeiten der Stadtwerke Bernau, Breitscheidstraße 45, ein.

Bildungsfahrt

OW-Beitrag/maz

Zu einer Bildungsfahrt nach Rheinland-Pfalz lädt das kommunalpolitische forum Land Brandenburg e.V. vom **22. bis 25. Oktober** ein. Im Mittelpunkt steht der Erfahrungsaustausch mit Landes- und Kommunalpolitiker/innen und Vertreter/innen der Universität Speyer zu Inhalten und Zielen einer Verwaltungsstrukturreform (siehe Seite 7). Anmeldeschluss ist der **25. September**. Die Kosten liegen zwischen 100 und 250 €.

E-Mail-Kontakt: kf-land-brandenburg-ev@gmx.de

Aktivenkonferenz der LINKEN

OW-Beitrag/bc

Zu einer Aktivenkonferenz lädt die Brandenburger LINKE ihre Mitglieder und Sympathisanten am **17. und 18. Oktober** in die EJB Werbellinsee ein. Dort sollen die Ergebnisse des einjährigen Diskussionsprozesses um die Parteientwicklung und weitere Schlussfolgerungen für die Politik- und Strukturdebatte gezogen werden.

Gegen Leiharbeit und befristete Jobs im Barnim

Von Sebastian Walter, Kreisvorsitzender LINKE

Normale Jobs werden gerade für junge Menschen auch im Barnim immer mehr zur Ausnahme erklärt. Trotz der regelmäßigen Erfolgsmeldungen vom Arbeitsmarkt und der vermeintlich guten Wirtschaftslage waren im letzten Jahr knapp die Hälfte (49 Prozent) aller Neueinstellungen in Brandenburg befristet. Damit nimmt Brandenburg einen Spitzenplatz unter den Bundesländern ein und liegt

sogar über dem Bundestrend von 45 Prozent. Vor allem Frauen sind mit 55 Prozent deutlich stärker betroffen als Männer (44 Prozent). Insgesamt



samt 31.000 Beschäftigte in Brandenburg arbeiteten 2014 in einem befristeten Job.

Wer jetzt glaubt, dass vor

allem kleine Familienunternehmen Menschen befristet einstellen, um kurzfristig größere Aufträge zu bewältigen oder weil sie dringend eine Elternzeit- oder Krankheitsvertretung brauchen, der täuscht sich gewaltig. Es sind gerade große Unternehmen mit über 1.000 Beschäftigten, die mit 70 Prozent am häufigsten befristet einstellen. Daran zeigt sich, dass befristete Arbeitsverträge meistens oft dazu dienen, den Kündigungsschutz zu umgehen und den Unternehmen Flexibilität auf Kosten der Beschäftigten

zu ermöglichen. Hinter dem sogenannten Jobwunder steckt eine dramatische Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für Beschäftigte.

Mit ihrer Kampagne „Das muss drin sein“ stellt DIE LINKE bis 2017 fünf Kernforderungen für gute Arbeit und ein gutes Leben: Befristung und Leiharbeit stoppen; Mindestsicherung ohne Sanktionen, statt Hartz IV; Arbeit umverteilen statt Dauerstress und Existenzangst; Wohnung und Energie bezahlbar machen sowie mehr Personal für Bildung, Pflege und Gesundheit.

„Wir reichen Ihnen das Wasser“

LINKE beim 9. Eberswalder Stadtlauf am 5. September



9. Eberswalder Stadtlauf am 5. September: Das neue Bürgerbüro der LINKEN in der Heegermühler Straße liegt genau am Streckenverlauf. Deshalb boten die LINKEN den Läuferinnen und Läufern Wasser an. Und es wurde ihnen wieder – wie bereits im letzten Jahr – von vielen Sportlern dankend abgenommen.

Foto oben: Brain und Susann Lindemann, Volker Passoke, Horst Weingard, Ralf Kaiser, Karin Wagner und Margitta Mächtig warten auf die ersten Läufer. **Foto rechts:** Direkt an der Strecke. Fotos: kw



Polit-Satire der feinsten Art

Werneuchen: Über 100 Zuschauer beim traditionellen Sommerkabarett

Von Frank Müller

Ein öffentliches Kabarett organisiert die LINKE Werneuchen-Ahrensfelde bereits seit 2010 jährlich in Werneuchen. Da der Adlersaal gegenwärtig noch rekonstruiert wird, hatte die Basisorganisation am 8. August in die Turnhalle der Europaschule eingeladen. Dem daraus resultierenden relativ enormen Aufwand zum Trotz wurde es wieder eine sehr gelungene Veranstaltung. Nicht zuletzt lag das natürlich am hervorragenden Kabarett „Charly M.“ aus Berlin mit den Akteuren Sabine Genz, Klaus Schäfer und Wolfram Lauenburg. Mit ihrem Programm „Avanti Dilettanti“

versprachen sie eine zirkusreife Polit-Satire und die über einhundert Gäste wurden nicht enttäuscht. Jede der Pointen quittierten sie mit viel Applaus. Neben vielen Lachern waren allerdings auch zum Nachdenken anregende Szenen zu gegenwärtigen politischen Themen im Repertoire. Die örtliche LINKE ist sich einig, dieses Format auch im nächsten Jahr fortzuführen und hofft auf ein noch schöneres Ambiente im neuen Glanz des dann sicher fertiggestellten Adlersaales.



Kabarett „Charly M.“ aus Berlin mit aktueller politischer Satire. Da durfte in diesem Jahr die Deutsche Bahn nicht fehlen. Das traditionelle Sommerkabarett wird von der LINKEN organisiert. Foto: fm

»Wir haben nur diese eine Welt«

Gespräch mit Holger Lampe, Vorsitzender des Landwirtschaftsausschusses im Kreistag Barnim (Bauernverband)

Die Statistiken zeigen, dass immer mehr landwirtschaftliche Fläche verschwindet. Warum?

Dafür gibt es verschiedene Gründe. Womit wir aktuell am meisten zu tun haben, ist die Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Fläche für so genannte Ausgleichsmaßnahmen: Also, wenn irgendwo Bäume gefällt werden, müssen an anderer Stelle neue aufgeforstet werden. Da wird am liebsten auf Ackerland zurück gegriffen. Das muss nach aktueller Rechtslage in Brandenburg nicht beplant werden. Weil es auch keinen besonderen Schutzstatus genießt, wird es für Ausgleichsmaßnahmen verwendet. Die nutzbare landwirtschaftliche Fläche geht damit immer weiter zurück, 400 Hektar haben wir allein durch den Bau des Autobahndreiecks Barnim verloren, 3600 Hektar im Barnim und der Uckermark in den letzten 10 Jahren.

Was können Sie dagegen tun?

In anderen Bundesländern gibt es so genannte Integrierte Pläne, nach denen landwirtschaftliche Fläche einen größeren Schutzstatus erhalten kann. Im Ausschuss für Landwirtschaft, Umweltschutz und Abfallwirtschaft des Kreistages Barnim haben wir das jüngst thematisiert und wollen auch, dass über die Regionalen Planungsgemeinschaften landesweit eine Lösung gefunden wird (siehe Seitenspalte).

Die Rot-Rote Landesregierung will insgesamt eine Strategie bis 2017, damit der Flächenverbrauch zurück geht ...

Ja, das ist kein Barnimer Problem, sondern ein landesweites. Etwa 90 Prozent aller Flächen im Barnim stehen schon unter Schutz ...

... außer landwirtschaftlicher Flächen ...

... deshalb muss man sich hier über Verbesserungen Gedanken machen, statt nur unbeplante landwirtschaftliche Fläche zu nutzen. Es gibt zum Beispiel Pflegebedarf bei bereits bestehenden Parks oder angelegten Flächen,



Holger Lampe, Vorsitzender des Bauernverbandes Barnim, und Geschäftsführer der Agrargenossenschaft Trampe e.G., zu der 12 Genossenschaftsmitglieder gehören, die rund 1400 Hektar Land und 220 Mutterkühe und Nachzucht bewirtschaften. Auch Strom aus Sonne produziert die Agrargenossenschaft auf ihren Dächern, etwa ein Drittel für den Eigenbedarf, zwei Drittel werden eingespeist.

hier könnte nachträglich weiter bepflanzt werden. Aber das erfordert eben einen neuen Gestaltungsspielraum.

Wenn den Landwirten immer mehr Fläche verloren geht – können sie dann noch bestehen?

Existenziell bedrohlich ist es zum Glück noch nicht. Aber bedenklich ist die Entwicklung auf jeden Fall. In Deutschland stehen 2.400 Quadratmeter Fläche pro Mensch zur Verfügung – einschließlich allen Grünlandes.

Gleichzeitig wird über eine extensivere statt einer intensiveren Landwirtschaft geredet. Das geht aber nicht auf immer weniger Fläche. Wir müssen über unsere Flächennutzung nachdenken. Wir haben nur diese eine Welt.

In den Grundschulen muss Milch für Kinder angeboten werden, so will es das Brandenburger Schulgesetz. In einigen Städten und Gemeinden im Barnim erfolgt dies kostenlos, die Kommunen bezahlen das.

Delivert wird oft eine haltbare Mischung, 0,2-Liter mit viel Zucker und Aroma versetzt. Warum kommt die Milch nicht frisch aus der Region?

Das ist sicher eine Frage des Preises: Milch-Mischgetränke, haltbar gemacht, sind preiswerter. Das ist das, was sich die Gesellschaft leisten will. Mit Rohmilch handeln nur wenige. Hier will keiner mehr die Verantwortung dafür übernehmen, dass jeder sie verträgt, schon gar nicht in einer Schule. Es wird so viel reguliert, ja, dass wir damit leben müssen, dass eben Milchlischgetränke an die Kinder ausgegeben werden. Und die Milchproduzenten zahlen zurzeit „drauf“. Im Moment bekommen sie 24 Cent für einen Liter Milch.

Könnte denn im Barnim Milch überhaupt noch so verarbeitet werden, dass sie in den Schulen ankommt?

Nach der Wende haben Molkereien geschlossen, in Brodowin und Lobetal gibt es inzwischen wieder welche. Sicher könnte man über eine regionale Versorgung der Schulen reden – aber wie gesagt, es ist eine Frage des Preises. Die meiste Milch aus dem Barnim wird derzeit weit entfernt verarbeitet. Sie wird nach Bayern oder Polen gefahren, um dann als Joghurt oder konservierte Milch wieder zurück zu kommen. Offenbar ist der Transport auf der Straße immer noch so preiswert, dass sich dieser ökonomische Unsinn rechnet.



Vielfalt geht verloren: Alte Obstbaumwiesen anzulegen und zu pflegen ist zu teuer geworden.

Im letzten Jahr litten Brandenburger Apfelbauern unter dem von Russland im Oktober verhängten Importstopp.

Fotos: bc

Fakten zur Flächennutzung im Barnim

Von Holger Lampe

Flächen mit landwirtschaftlicher Nutzung werden durch andere Nutzungen verdrängt beziehungsweise die Art ihrer Nutzung wird beeinflusst. Im Barnim betrifft das gut 30 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche. Nach der Statistik aus dem Jahr 2011 werden im Landkreis 47.733 Hektar landwirtschaftlich genutzt.

Davon werden verdrängt:

- 250 Hektar durch geplante Siedlungserweiterungen
- 291 Hektar durch Freiflächen für Solaranlagen
- 161 Hektar durch Rohstoffabbau

Ob und wie die 47.733 Hektar Landwirtschaftsfläche genutzt werden kann wird beeinflusst durch:

- Windeignungsgebiete, davon sind 1.544 Hektar betroffen
- Flächen der Uckermarkleitung (360kV-Hochspannungsleitung): 1.585 Hektar
- Überschwemmungsflächen: 2.284 Hektar
- Naturschutzgebiete: 2.463 Hektar
- Naturparks: 259 Hektar
- Flora-Fauna-Habitat-Gebiete (europäische Naturschutzrichtlinie): 5.171 Hektar

Derzeit wird im Ausschuss für Landwirtschaft, Umweltschutz und Abfallwirtschaft des Kreistages Barnim darüber debattiert, ob nicht bei der künftigen Regionalplanung landwirtschaftliche Flächen einen besonderen Schutz erhalten können (siehe *nebenstehendes Interview*).

Dies könnte sich danach richten, ob die jeweiligen Landwirtschaftsflächen eine wichtige Bedeutung für die regionale Wirtschaft haben, wieviele Arbeitsplätze davon betroffen sind – einschließlich nachfolgender Veredlungs- und Vermarktungsstrukturen. Regionalplanung ist eine vorsorgende Planung und muss deshalb auch der Landwirtschaft gerecht werden, die durch Extremwetterereignisse vom Klimawandel betroffen ist. Siehe auch *Veranstaltungstipp, Seite 7, Rand*

Ihre Forderungen zum Flüchtlingsgipfel der Bundesregierung am 24./25. September hat die Landtagsfraktion der Brandenburger LINKEN Anfang September formuliert. „Wir definieren 13 Bedingungen, die dafür sorgen sollen, dass die Bundesregierung ihr Engagement verstärkt“, erklärte der Vorsitzende Ralf Christoffers nach der Klausurtagung. Die Punkte im einzelnen (*gekürzt*):

1. Der Bund muss sich an Versorgung und Unterbringung der Flüchtlinge mit 1.000 € pro Monat und Flüchtling beteiligen.

2. Die Verfahrensdauer muss verkürzt werden. Dazu ist schnell das bereits beschlossene Personal beim Bundesamt einzustellen.

3. Die Dublin-Regelungen sind auszusetzen (*siehe nebenstehender Kasten*).

4. Einführung einer Gesundheitskarte für Flüchtlinge auf Bundesebene und eine bundesfinanzierte Impfberatung bereits in der Erstaufnahme.

5. Einführung eines Anspruchs auf Integrationskurse auch für Geduldete und Flüchtlinge im Verfahren.

6. Eine verbesserte Arbeitsmarktintegration durch die Bundesanstalt für Arbeit und die Jobcenter.

7. Beschleunigung der Berufsanerkennung, Verbesserung der Beratung, Bleiberecht für Jugendliche in Ausbildung.

8. Eine Regelung außerhalb des Asylrechts zur Arbeitsmigration und Einwanderung.

9. Unterstützung der Forderung des Mieterbundes, den Ländern jährlich 1 Milliarde € für den Bau von Sozialwohnungen für Flüchtlinge und Menschen mit geringem Einkommen zur Verfügung zu stellen.

10. Vorrang für die Unterbringung von Geflüchteten bei Verwandten, Freunden und Bekannten.

11. Keine Ausweitung der Regelung der sicheren Herkunftsstaaten.

12. Keine Ungleichbehandlung von Flüchtlingen aus verschiedenen Herkunftsstaaten.

13. Keine längere Verweildauer in den Erstaufnahmeeinrichtungen.

Aufeinander zugehen

Wir brauchen Zuwanderung und können Flüchtlingen helfen, auch im Barnim

Von Margitta Mächtig,
Landtags- und
Kreistagsabgeordnete

Ein Sprichwort sagt: „Das Leben ist wie es ist“. Aber wir haben es in der Hand. Kein Thema beschäftigte die Politik, Verwaltungen, Medien und damit die Öffentlichkeit in den vergangenen Jahren, wie das der gegenwärtigen Flüchtlingsbewegungen vom Süden dieser Welt in den Norden. Millionen Menschen haben sich auf den Weg gemacht, um Hunger, Elend, Not, Krieg und Verwüstung zu entfliehen. Wir können also darüber nachdenken, wie hoch die Zäune, Mauern und Grenzen sein müssten, damit wir diese neue Völkerwanderung aufhalten. Wir können Gesetze machen, die die Einreise verbieten und die Ausreise oder Abschiebung beschleunigen. Aber werden unsere Gesetze Menschen aufhalten, die vor Hunger, Elend, Not, Krieg und Verwüstung fliehen? Werden Menschen – weil es unsere Gesetze sagen – zurückgehen in zerbombte Städte, Dörfer, in unfruchtbare Gebiete, die weder Arbeit noch Essen ermöglichen? Wohl eher nicht.

Es fehlen Einwohner

Und so erleben wir tägliche Zuwanderungen auch in unser Land und natürlich auch in den Barnim. Bereits Mitte Mai haben wir im Kreistag die Konzeption zur Unterbringung von Flüchtlingen beschlossen. Darin haben wir uns darauf verständigt, dass zu uns kommende Flüchtlinge und Asylbewerber nicht auf Dauer in Übergangsheimen leben sollen. Gemeinsam erklärtes Ziel war und ist es, dass nach etwa drei Monaten die Unterbringung in Wohnungen erfolgen soll. Doch dies ist angesichts der hohen Zuwanderungszahlen tatsächlich ein Fernziel, auch wenn ich glaube, dass eben diese Zuwanderung vielen Dörfern und Städten helfen würde. Seit Jahren stellen wir fest: Unsere Dörfer sterben aus, in unseren Städte schrumpfen die Einwohnerzahlen. Händeringend wird in vielen Berufen nach Fachkräften gesucht.

Ankunft vor allem syrischer Flüchtlinge am 7. September in der Erstaufnahmestelle in Eisenhüttenstadt. Bildmitte: Sebastian Walter, Kreisvorsitzender der Banimer LINKEN.

Foto: aj



Also halten wir fest: Uns fehlen Einwohner und Menschen, die arbeiten wollen und können. Und zugleich wollen wir keine Menschen bei uns, die Dörfer beleben, leerstehende Wohnungen in den Städten beziehen, die in der Wirtschaft arbeiten und letztlich damit unsere Dörfer und Städte langfristig auch wieder reicher machen könnten. Denn – manch einer weiß es wohl nicht – das Geld, das Gemeinden vom Bund und vom Land bekommen, errechnet sich in erster Linie nach der Anzahl der dort lebenden Einwohnerinnen und Einwohner und der damit verbundenen sogenannten Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge. Schulen und Kindertagesstätten, vor allem in Dörfern und kleinen Gemeinden würden eine Überlebenschance haben. – Die Nachfrage würde wieder steigen: Nach Schulen, nach Oberstufen- und

Berufsausbildungszentren, nach Öffentlichen Personennahverkehr.

Mit den Kindern lernen

Viele unserer Barnimer Gemeinden haben dies wohl auch bereits erkannt und nutzen das, was leider viele als Bedrohung wahrnehmen, als das was es ist: Eine Chance für die Stärkung der eigenen Gemeinde. In Bernau, Eberswalde, Oderberg, Panketal, Schorfheide, Biesenthal, Ahrensfelde, Wandlitz und Werneuchen leben heute Flüchtlinge und Asylbewerber und versuchen mit der für sie so fremden Welt zurechtzukommen. Und die meisten von ihnen wissen auch, dass das Erlernen der deutschen Sprache der Schlüssel ist, für den Eintritt in diese Welt. Dieser Aufgabe stellen sich viele Asylsuchenden mit großen Mühen

und es ist faszinierend, wie schnell sie lernen, insbesondere die Kinder.

Klar ist auch: Es müssen Wohnungen her- und eingerichtet und Bekleidung zusammengestellt werden. Denn viele kamen ja nur mit dem, was sie auf dem Leib hatten. Aber wenn wir ehrlich sind, erwächst aus diesen Zuzügen auch eine Chance für mehr Arbeit: In unseren Kita's, in Schulen, Handwerksbetrieben, Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen aber auch Universitäten und Unternehmen und sogar in Verwaltungen.

Eine tolle Chance auch für unsere Kinder und Enkelkinder kommt noch hinzu: Sie lernen gleich mehrere Sprachen und das ganz spielend. Denn Kinder haben keine Vorurteile. Denn Kinder sind neugierig auf Neues. Dass dies gelingt, dafür gehört der Dank den vielen Willkommensinitiativen, die sich in den Gemeinden gebildet haben und mithelfen bei der Begleitung und Betreuung, bei Behördengängen, im Sport und beim Lernen.

Ein Gedanke für all Jene, denen mulmig bei dem Gedanken an „so viele“ Flüchtlinge und Asylbewerber ist. Nehmen Sie sich bitte die Zeit, suchen Sie den Kontakt zu Familien oder Alleinreisenden und reden Sie miteinander. Schon bei meinem ersten Besuch vor Monaten habe ich zwei Dinge gefühlt: Erstens haben Asylbewerber und Flüchtlinge große Angst vor dem Neuen. Und sie haben unendliches Leid in ihrer Heimat und auf ihrer Flucht erfahren. Das macht sie stark, ihre Angst zu überwinden. Überwinden wir unsere Ängste gemeinsam, indem wir aufeinander zugehen.

Die Europäischen Regelungen

Die so genannte Dublin-III-Verordnung der EU vom 26. Juni 2013, beschlossen von Parlament und Rat, regelt das Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaates, der für einen Asylantrag zuständig ist. Danach soll jedem Schutzsuchenden ein Asylverfahren innerhalb der Europäischen Union ermöglicht werden – aber eben auch nur einmal. Verpflichtet ist der Staat ein Asylverfahren durchzuführen, in den der Asylbewerber nachweislich zuerst eingereist ist. Demzufolge sind die Mittelmeerstaaten Spanien, Italien, Malta und Griechenland sowie Ungarn (Balkan-Route der Immigration) besonderen Belastungen ausgesetzt, die sie für alle EU-Mitgliedsstaaten tragen. Bei Inkrafttreten vor 2 Jahren lehnte Deutschland noch einen solidarischen Ausgleich ab. Inzwischen ist Deutschland aber eines der Hauptzufluchtländer geworden, die Flüchtlingszahlen sind stark gestiegen, so dass Deutschland nun europaweite Standards bei der Unterbringung von Flüchtlingen, eine Angleichung der Anerkennungsquoten und eine gerechtere Verteilung der Asylbewerber in Europa fordert (Stand Ende August). Zugleich hat Deutschland Ende August erklärt, dass Syrer wegen des Krieges in ihrem Heimatland vorerst nicht mehr in die Länder überstellt werden, die den Asylantrag eigentlich bearbeiten müssten, sondern Deutschland die Anträge selber bearbeite (*Selbsteintrittsrecht*).

Interview mit Ralf Christoffers, Vorsitzender der Landtagsfraktion der Brandenburger LINKEN, zur Verwaltungsstrukturreform

Verwaltungsstrukturreform – warum ist die LINKE dafür? Oder musste sie dafür sein, um mit der SPD regieren zu können?

Wir sind für einen Dialog, der klären soll, ob Kreise oder Kommunen in der Lage sein werden, im Jahr 2030 ihre Aufgaben noch wahrzunehmen. Wegen der demografischen Entwicklung und der sich daraus verringernden Finanzausstattung besteht die Gefahr, dass öffentliche Daseinsvorsorge nicht mehr so organisiert werden kann, wie es Verfassungsauftrag ist. Nämlich gleichwertige Lebensbedingungen in allen Landesteilen zu gewährleisten.

Heißt Verwaltungsstrukturreform: Neue Eingemeindungen und Kreisauflösungen?

Zuallererst geht es um eine Funktionalreform, die Aufgaben und Verantwortung von Kreisen und Kommunen neu festlegen soll und um deren finanzieller Handlungsfähigkeit.

Um welche Funktionen geht es?

Um die Sicherung der Gesundheitsvorsorge, des Öffentlichen Personennahverkehrs, der Bildungsangebote. Es geht um die Funktionen, die Städte als sozialer Anker zum Beispiel im Kulturbereich oder mit ihren Dienstleistungsfunktionen wahrnehmen.

Die Kreisgebietsreform in Mecklenburg-Vorpommern (M-V) wurde sehr negativ wahrgenommen ...

Deshalb soll es in Brandenburg anders ablaufen. Wir haben einen 1-jährigen Diskussionsprozess vor die Entscheidung geschaltet. Das ist deutschlandweit noch nie passiert ...

... das heißt, die Verwaltungsstrukturreform ist noch gar nicht beschlossen?

Es wurde zunächst ein Leitbild beschlossen, das jetzt diskutiert wird. Dabei geht es zum Beispiel um Fragen wie: Welche Aufgaben sollen Kreise und Kommunen wahrnehmen? Das wäre eine Funktionalreform. Welche Aufgaben haben Städte – nicht nur die jetzigen Kreisfreien. Wie wird Mitbestimmung ausgestaltet,

zum Beispiel auch in den Kreistagen?

Auch durch die Erfahrungen in M-V möchten wir für Brandenburg Maßnahmen der Teilentschuldung, der Anschlussfinanzierung und der Standardanpassung aus Landesmitteln bessere Voraussetzungen sichern. So soll mit einer Teilentschuldung ein Weg gegangen werden, den bisher kein anderes ostdeutsches Land gewählt hat.

Was würde die LINKE denn konkret entschulden wollen?

Viele Kommunen sind hoch verschuldet, insbesondere im Bereich der Kassenkredite...

... das ist was?

Kassenkredite sind vergleichbar mit einem Dispo-Kredit für Privatpersonen. Sie sind mit hohen Zinsen belastet. Eine Teilentschuldung der Kassenkredite könnte dazu beitragen, die Handlungsfähigkeit von Landkreisen und Kommunen sicherzustellen. Dafür müssten rund 200 Millionen € Landesmittel bereitgestellt werden. Die Teilentschuldung sollte solidarisch zu 50 Prozent durch das Land und zu 50 Prozent aus der Finanzausgleichsmasse getragen werden. Neben der Berücksichtigung der Kassenkreditbestände und der Finanzkraft

der Landkreise und Kommunen wird ein Demografie-Zuschlag gewährt, der die besondere Situation solcher Kommunen berücksichtigt, in denen die Einwohnerzahl überdurchschnittlich gesunken ist. Begünstigte müssen sich mit eigenen Maßnahmen an der Teilentschuldungsinitiative beteiligen.

Verwaltungsreformen haben in der Vergangenheit doch kaum Kosten eingespart – wird es für die Kommunen im Ergebnis nicht teurer werden?

Es wird Übergangskosten für die geplante Reform geben zum Beispiel für die Zusammenlegung von Verwaltungen, für Aufgabenübertragungen, Personalüberleitungen. Wir wollen, dass die Landesregierung hierfür einmalig eine Pauschale zur Verfügung stellt.

Besteht nicht die Gefahr, dass Landkreise oder Kommunen ihre geltenden Regelungen bei einer Zusammenlegung zu Ungunsten der Einwohnerinnen und Einwohner ändern? Zum Beispiel bei den Müllgebühren oder im Öffentlichen Personennahverkehr?

Die Landkreise und Kommunen Brandenburgs haben unterschiedliche Standards, zum Beispiel bei

den Kitagebühren, bei Wasser- und Abwassergebühren oder -beiträgen. Die LINKE will sicherstellen, dass die Reform nicht zu einer Verschlechterung der Qualität öffentlicher Dienstleistungen oder zur Erhöhung von Kreisumlagen führt. Da auch dies eine finanzielle Frage ist, muss den neuen Landkreisen Anpassungshilfe gewährt werden. Sie sollte mehrjährig gestaffelt werden. Die Aufwendungen dafür muss das Land Brandenburg tragen.

Was passiert eigentlich, wenn sich nach der 1-jährigen Diskussionszeit ergibt, dass eine Verwaltungsstrukturreform nichts bringt?

Die Diskussion wird zurzeit sehr kontrovers geführt, wie das Beispiel in der Stadt Brandenburg Ende August gezeigt hat. Der Landtag wird Mitte des nächsten Jahres eine Entscheidung treffen, ob und in welcher Form eine Verwaltungsstrukturreform umgesetzt werden soll. Das ist ergebnisoffen. Bis dahin gibt es eine Vielzahl von Diskussionen und Anhörungen. Ich möchte alle einladen, sich daran zu beteiligen, weil damit letztlich über die Zukunftsfähigkeit Brandenburgs entschieden wird.

Mehr Erzieher in die Krippen

OW-Beitrag/gg

Am 8. Juli beschloss der Landtag das veränderte KITA-Gesetz. Somit gibt es bereits seit 1. August 2015 einen verbesserten Personalschlüssel: In den Krippen versorgt nun 1 Erzieher/ in statistisch 5,5 Kinder und ab 1. August 2016 nur noch 5 Kinder. Damit können 900 Erzieher/innen landesweit neu eingestellt werden. „Ab 2017 wird die Rot-Rote-Koalition auch den Personalschlüssel für die 3- bis 6-Jährigen verbessern, so dass er im Jahr 2018 bei 1 zu 11 liegen wird“, erläutert Gerrit Große, Bildungspolitikerin der LINKEN, das weitere Verfahren.

2009 – vor Regierungsbeginn von Rot-Rot – betrug der Betreuungsschlüssel noch 1:7 für die 0- bis 3-Jährigen und 1:13 für die 3- bis 6-Jährigen. Die Landeszuschüsse dafür umfassten bei 149 Millionen €, 2019 werden sie bei 330 Millionen € liegen.

Damit liegt Brandenburg im Bundesvergleich immer noch im hinteren Bereich. „Es darf also noch nicht das Ende der Verbesserungen sein – im Interesse der Kinder, der Erzieher/innen und Eltern“, betont Große. Foto: gg



Leben auf dem Land

OW-Beitrag/pm

„Der ländliche Raum in Brandenburg – wie weiter?“ Mit dieser Frage beschäftigt sich das nächste Dienstagsgespräch, zu dem die Landtagsfraktion der LINKEN einlädt: **29. September**, 18 Uhr, 14467 Potsdam, Am Alten Markt 1, Landtag 4.

Im Herbst nimmt die Enquetekommission „Zukunft der ländlichen Regionen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels“ ihre Arbeit auf. Auf welche Themen sollte sie den Schwerpunkt legen? Wie lässt sich die Zivilgesellschaft einbinden? Das Gespräch widmet sich diesen Fragen. (Siehe Seite 5)

Wie gehts denn so?

Gespräch mit Margitta Mächtig

Sie haben im Juni aus gesundheitlichen Gründen den Vorsitz der Landtagsfraktion der LINKEN abgegeben. Darf man fragen, wie es Ihnen geht?

MM: Man darf, und danke den Umständen entsprechend gut.

Was machen Sie jetzt?

MM: Ich bin Mitglied des Landtages und dort Vorsitzende des Rechtsausschusses und Mitglied im Richterwahlausschuss. Für die Landtagsfraktion werde ich nun in der Enquetekommission „Zukunft der ländlichen Regionen“ mitarbeiten (siehe oben).

Für die Fraktion der LINKEN bin ich zuständig für den Landkreis Ostprignitz-Ruppin, von Wittstock bis Fehrbellin, von Lindow bis Kyritz – was schon eine Herausforderung ist. Auch durch meine Mandate in der Stadtverordnetenversammlung Biesenthal und im Kreistag Barnim habe ich genügend Arbeit.

Und Ihr Wahlkreis?

MM: Naja, für den jeweiligen Wahlkreis ist ja der direkt gewählte Abgeordnete, also Daniel Kurth von der SPD, zuständig. Aber für die LINKE bin ich selbstverständlich Ansprechpartnerin und bemühe mich auch weiterhin hier Termine wahrzunehmen. Ansonsten ist jetzt für den Landkreis Barnim Ralf Christoffers zuständig.

September



Von Gisela Zimmermann

Prinzessin Viktoria Luise von Preußen, Herzogin zu Braunschweig-Lüneburg, wurde am 13. September 1892 in Potsdam als einzige Tochter Kaiserin Auguste Victorias und Kaiser Wilhelms II geboren. Sie wurde ab 1904 von Elisabeth von Saldern, der späteren Äbtissin des evangelischen Damenstifts Kloster Stift zum Heiligengrabe, erzogen. Mit 17 Jahren wurde sie zum 2. Regimentschef des 2. Leibhusaren-Regiments, Standort Danzig-Langfuhr ernannt; 1. Regimentschef war ihr Vater. Ab 1910 besuchte sie die Erste Höhere Mädchenschule in Metz. Durch die Heirat mit Ernst August 1913 wurde der Konflikt zwischen den Hanoverschen Welfen und Hohenzollern beendet. Die Regentschaft in Braunschweig war kurz und endete mit der Abdankung des Ehemanns am 8. November 1918. Weitere Stationen nach dem 1. Weltkrieg waren die Flucht aus Braunschweig, das Exil in Österreich, die Rückkehr nach Blankenburg (Harz) und schließlich die Flucht 1945 nach Schloss Marienburg bei Hannover. Nach dem Tod des Ehemanns 1954 stritt sie mit ihrem Sohn Ernst August um ihre Apanage. Außerdem wollte sie die energische und populäre Herzogin nicht aus dem öffentlichen Leben zurück ziehen. Sie blieb aktiv in vielen karitativen Vereinigungen sowie im Victoria-Luise-Frauenbund, verließ das Schloss im Dezember 1956 und zog in ein ihr vom „Braunschweiger Freundeskreis“ zur Verfügung gestelltes Haus. Viktoria Luise war bis ins hohe Alter in zahlreichen Initiativen zur heimatlichen Traditionspflege tätig. Am 11. Dezember 1980 verstarb sie in Hannover.

Argentinische Kleinbauern

... und ihr Kampf gegen die Macht der Großkonzerne

OW-Beitrag/mw

Buenos Aires, Dezember 2012. Die andere Seite der Weltkugel. Ein sommerhei- ßes Weihnachten ist wenige Tage entfernt. Die Stadt erledigt ihre letzten Einkäufe. Flirrende Hitze steht über dem quirligen Verkehr. Das Bundesparlament trifft seine letzten Entscheidungen. Die Polizei döst in Gleichgültigkeit. Ganz plötzlich strömen hunderte Indigene durch die Straßenschluchten in das Stadtzentrum. Die Uralten, die Frauen, die Männer und die Kinder sperren erst die Hauptverkehrsstraße vor dem Parlament, dann alle Seitenstraßen. Aktivistinnen und Aktivisten urbaner Gruppe schließen sich den Indigenen an. Gemeinsam verwandeln sie die Straßen in fahnenbunte Tanzplätze und entsenden ihre Unterhändler in den Congreso.

Sie globalisieren die Hoffnung mit ihrem Kampf gegen die multinationalen Agrarkonzerne.

Ohne Rast. Ohne Eile.

Ein Dokumentarfilm der Kameradistinnen



Der Film wird im „Schwarmverleih“ verbreitet, jede(r) kann ihn anderen Menschen zeigen, z.B. anlässlich politischer Veranstaltungen. Premiere war am 3. September im Berliner Kino ACUD. Mehr zum Konzept des „Schwarmverleihs“ unter: <http://www.kameradisten.org/faq-fuer-veranstalterinnen>

Die Heimat der Indigenen liegt fast eintausend Kilometer entfernt in einem zweiten, einem anderen, einem vergessenen Argentinien ohne Wolkenkratzer, ohne Fernsehempfang und ohne Krankenhäuser. Ihre Heimat ist das staubige Buschland des Nordens. Die Heimat ist bedroht. Denn genetisch verändertes Saatgut und chemischer Dünger haben den Sojaanbau nun auch in den kargen nördlichen Regionen rentabel gemacht. Das Land wird zum Spekulationsobjekt von Monsanto & Co. Wie schon am Anfang der kolonialen Geschichte des Landes sollen die Indigenen wieder einmal weichen. Doch diesmal kommt alles anders als erwartet. Sie weichen nicht. Sie leisten Widerstand. Es ist ein Kampf, der zwanzig Jahre währt. Die Indigenen schlagen nicht nur die Landräuber in die Flucht, sondern sie haben damit begonnen, in ihren Territorien eigene, egalitäre Strukturen einzurichten. Sie bauen neue Brunnen, Solaranlagen, eigene Schulen, eine erste Universität, die das Lehren und Lernen neu erfindet.

Der Film „Ohne Rast. Ohne Eile.“ erzählt eine Geschichte, die viele tausend Kilometer entfernt ist von den sozialpolitischen Kämpfen Europas – und könnte diesen Kämpfen zugleich kaum näher sein.

OW Preisrätsel

Gewinner der Juli-/Augustausgabe: 1 Jahres-Abo „Eulenspiegel“ geht an: A. Roeling, das Lösungswort der Juli/August-Ausgabe lautete: Amtssee; **Lösungswort dieser Ausgabe:** die grau unterlegten Felder ergeben, gelesen in der richtigen Reihenfolge einen Gedenktag im September; **bis zum 4. Oktober 2015 an:** Die LINKE Barnim, Redaktion OW, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde oder E-mail: offeneworte@dielinke-barnim.de; **Preis dieser Ausgabe:** 1 Jahres-Abo „Eulenspiegel“. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Waagrecht: 1. Jahreszeit, 6. franz. Spielkartenfarbe, 10. altes franz. Volumenmaß, 12. umgangssprachl. f. Ostdeutsche/r, 13. wiederholter Anfang, 15. Verstärkungswort, 16. franz.: nein, 17. Lufthauch, 19. Fotoobjektiv (Abk.), 21. vorderasiat. Staat, 24. einschränkendes Wort, 25. Herrschaftsgeschlecht, 26. Amtstracht, 28. Spielvariante in Ballsportarten, 30. letzter Abschnitt b. Landeanflug, 33. span.: Gebirge, 35. Kletterpflanze, 39. griech. Hirtengott, 37. scharfer Bergrücken, 38. überlieferte Erzählung, 40. schmale Straße, 43. Grünfläche, 45. alttest. Paradies, 46. Laubbaum, 48. engl. Abk. f. Europarat, 50. vertontes Gedicht, 52. Stadt a. d. Unstrut, 54. Gewinnerin, 56. Teil d. Hauses, 57. Schiffszubehör, 58. weibl. Vorname, 59. schmal, 61. frühere Schachfigur, heutige Dame, 63. gefrorener Niederschlag, 65. europ. Strom, 67. Unterrichtsfach (Abk.), 69. Vorhaben, 70. umgangssprachl. f. fehlende Entscheidungsfreude, 72. nordungar. Stadt, 73. Todeskampf, 74. dt. Schriftsteller, geb. 1944, „Der fremde Freund“, 75. Frühjahrsfest

Senkrecht: 1. Fragewort, 2. Ziffer, 3. chem. organ. Verbindung, 4. brit. Sänger, geb. 1951, 5. Fortbewegung zu Pferde, 6. Tortenfüllung, 7. korrodiertes Eisen, 8. Himmelsrichtung, 9. Wundsekret, 11. Fischfett, 14. antike Bezeichnung einer obermakedon. Berglandschaft, 18. gleichgültig, 20. röm. Mondgöttin, 21. Schabeisen d. Kamm-macher, 22. Titelfigur b. Tolstoi, 23. abwert. f.: abgelegener Ort, 26. Kohleprodukt, 27. Märchenfigur, 29. Schwertlilie, 31. feiner Unterschied, 32. jdm. mögen, 33. Freizeitbeschäftigung (Mz.), 34. dt. Philosoph (1820-1895), 35. griech. Buchstabe, 37. Kurzw. f. Gelatine, 38. schweizer. Flächenmaß, 41. weibl. Vorname, 42. heißer Aufguss, 44. Abschnitt d. Korans, 47. großes Gewässer, 49. niederländ. Herrschaftsgeschlecht, 51. berliner.: eins, 52. ohne Ausnahme, 53. span.: drei, 55. german. Schriftzeichen, 56. Trennwerkzeug, 59. Hausvorbau, 60. Stadt a. Westufer d. Nils, altägypt. Königsräber, 61. Gegenteil v. grob, 62. Seltenes, 64. engl.: Feuer, 65. Tatkraft, 66. zweiter Hyksoskönig (1633-1619 v.u.Z.), 67. Spende, 68. Modifikation d. Sauerstoffs, 71. kurzer, wasserreicher Fluss in West-Norwegen

